



Das war noch nicht da:

Gebührenerhöhungen am laufenden Band!

Wer den letzten „blickpunkt“ las, wird die Aufzählung der in unserer Stadt vorgesehenen Gebührenerhöhungen mit Erschrecken registriert haben. Nun wird es also ernst! Der Stadtverordnetenversammlung liegen die Anträge des Magistrats zur Erhöhung der Gebühren vor.

Kindergarten und -hort

Eine Steigerung von 10 Mark pro Platz ist geplant. Unsere Meinung hierzu ist, daß Kindergärten als vorschulische Einrichtung ebenso wie Schulen eigentlich gebührenfrei sein müßten. Zumindest sollte ein Teil der Personalkosten vom Land getragen werden. Dies ist übrigens in einer Reihe von Bundesländern der Fall. Wie weit will man es hier mit der Gebührenerhöhung noch treiben? Etwa soweit, bis daß die Eltern die Kinder nicht mehr in diese Einrichtung schicken?

Höhere Kanalbenutzungsgebühren

Die Kanalbenutzungsgebühren, die mengenmäßig an den Wasserverbrauch gekoppelt sind, sollen laut Vorlage von derzeit 1,15 auf 1,35 Mark angehoben werden. Wegen der Ausweisung und Verzinsung des Anlagenkapitals von 1,1 Mill. Mark werden hier 74.000 DM Verlust errechnet. Der Ehrlichkeit halber sei aber erwähnt, daß sich die Million Gewinn um die Zinsen für Investitionen für die Stadtentwässerung reduziert. Aber trotzdem bleibt auch hier ein üppiger Gewinn übrig.

Höhere Müllgebühren

Die Diskussion um die Erhöhung der Müllgebühren wurde im Parlament schon im Sommer geführt, als das Kreisparlament mit den Stimmen der SPD und den Grünen die Preise pro Kopf von 27,50 auf 35 Mark erhöhte. Wir lehnen diese drastische Steigerung u.a. deshalb ab, weil der Kreis in den letzten Jahren eine verfehlte Politik

auf diesem Sektor betrieb. (Bischofsheimer Kompostierungswerk kann wegen Gestank nicht betrieben werden.) Durch weitere Verminderung der Müllmenge (Kompostierung der Grünabfälle in den einzelnen Kommunen) könnten Kosten des Transports und der Deponie eingespart werden.

Höhere Wasserpreise

Laut Vorlage soll der Wasserpreis pro cbm von 1,20 auf 1,40 Mark steigen. Das bedeutet ein Mehr von 16,6 Pro- ▶

Nicht nur in Bonn werden Maßnahmen beschlossen, die darauf zielen, den „Kleinen Leuten“ das Geld aus der Tasche zu ziehen. Auch in unserer Stadt sollen jetzt zahlreiche Gebühren erhöht werden. Die Kindergärten und der Kinderhort werden teurer, der Wasserpreis steigt und die Kanalbenutzungsgebühren — aber auch die Müllgebühren sollen weiter anwachsen. Die DKP-Fraktion wird gegen jede weitere Ausplünderung der Bevölkerung ihre Stimme erheben. Wenn Sie unsere Forderungen unterstützen wollen, dann unterschreiben Sie nachstehenden Abschnitt und senden Sie ihn an die „blickpunkt“-Redaktion.

Weitere Gebührenerhöhungen in Mörfelden-Walldorf?
NEIN DANKE!

Name _____ Anschrift _____

Ausschneiden und einsenden an:
„blickpunkt“-Redaktion, Rudolf Dötsch, Schumannstraße 3, 6082 Mörfelden

▽ zent. Die Begründung wird mit dem Jahresverlust des Wasserwerkes begründet. Im Haushaltsplan wird dies auch mit Zahlen dargelegt. Auf den ersten Blick erscheint es auch, als ob hier eine Unterdeckung der Beiträge besteht. Der Trick liegt hier in einer Rechnungsführung, die von Privatbetrieben geübt wird. Unternehmer lassen sich ihr eingesetztes Kapital verzinsen. Bei Betrieben der öffentlichen Hand ist dies zwar ebenfalls rechtlich möglich, doch muß man hier bedenken, daß dieses eingesetzte Kapital in Form von Wasserwerk und Rohrleitungen ja schließlich aus Steuergeldern stammt. Mit der Verzinsung und Erwirtschaftung der Abschreibungen zahlt der Bürger für sein investiertes Steuergeld auch noch Zinsen. Er zahlt also zweimal. Im Beispiel des Jahres 1980 ist ein Verlust von über 336.000 DM ausgewiesen. Ziehen wir diesen Betrag vom Posten „Abschreibungen“ ab, so kommt ein Jahresgewinn von 145.500 DM heraus. Nach diesem Beispiel werden 1981 470.000 DM und 1982 418.500 DM Gewinn erwirtschaftet. Dieser wird dann zusammen mit der Verzinsung des Anlagekapitals anderer städtischer Einrichtungen dem Haushalt zugeführt. (Beiläufig: In der Privatindustrie benützt man solche Manipulationen zur Gewinnverschleierung.)

Was ist zu tun?

Wir werden nicht nur im Parlament unsere Stimme erheben gegen die Preissteigerungen auf breiter Front. Daß man derartig viele Gebühren gleichzeitig erhöht, war bisher noch nicht da. Wir sagen: Der Bürger kann sich wehren und muß sich wehren, will er diesen Griff in seine Tasche verhindern. Schließlich bezahlen wir alle ja genügend Steuern, damit öffentliche Dienstleistungen zu sozialen Tarifen und Gebühren gewährt werden. r.d.

Machen Sie mit bei der

„blickpunkt“-Aktion!

Zeigen Sie Ihre Meinung.
Kleben Sie den Aufkleber
auf die Mülltonne,
Fenster, Auto etc.

Die Löcher können gestopft werden

Tatsache ist, es klaffen große Löcher in den Haushalten, als Folge der wirtschaftlichen Krise und der Hochrüstungspolitik. Nur, tragen die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Verantwortung für diese Finanzmisere? Tatsache ist doch, daß, um nur eine Krisen-

ursache zu nennen, die Unternehmer ihr Geld lieber auf der Bank und im Ausland anlegen als zu investieren, weil dort Zinsgewinne und Profite höher sind als die Gewinne aus der Produktion.

Eine weitere Tatsache ist, daß die alte wie die neue Regierung sich den Rüstungsinteressen der Reagan-Regierung unterordnet und den Rüstungshaushalt ständig erhöht, während im sozialen Bereich gespart wird. Notwendig ist auch eine stärkere Abschöpfung der Krisengewinne der Unternehmer. Der Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Günther Döding, hat im September auf dem Gewerkschaftstag deutliche Forderungen erhoben: Eine Ergänzungsabgabe für die Bezieher höherer Einkommen brächte allein vier Milliarden DM mehr in die Kasse. Steuerhinterzieher und Subventionsbetrüger müssen endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Das brächte nach Schätzung von Experten jährlich 15 bis 35 Milliarden DM. 100 Milliarden DM kassieren die besser Verdienenden in diesem Land jährlich allein aus den Erträgen von Wertpapieren. Eine höhere Besteuerung dieser Erträge könnte rund 15 Milliarden DM zusätzlich in die Kassen der öffentlichen Hand bringen.

Hier genau sind die Stellen, aus denen die Löcher in den öffentlichen Haushalten gestopft werden könnten. Für die Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Schlußfolgerung nur lauten: Die Folgen der Krise sollen diejenigen tragen, die auch die Krise verursacht haben. Bei der Diskussion um den Haushalt unserer Stadt wurden diese Argumente nur von den Kommunalpolitikern der DKP klar und deutlich ausgesprochen. Wenn sich an der Finanznot der Städte und Gemeinden etwas ändern soll, dann müssen sich auch die Kommunalpolitiker anderer Parteien entschiedener zu Wort melden.



Stadtrat Heinz Hechler bei der Demonstration und Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt.



Was wollen wir trinken...?

Die Stadtverordneten erhielten jetzt einen netten Brief des Stadtkämmerers.

Darin heißt es:

„Durch einen Übertragungsfehler wurden bei der Einnahmehaushaltstelle DM 72.000 zu wenig veranschlagt. Das bedeutet, daß der Stadtverordnetenversammlung bei der Beratung des Haushaltsplanes DM 72.000 als

zusätzlich freier Spielraum zur Verfügung stehen.“

Den Fehler im Amt hatte die DKP-Fraktion während ihrer Haushaltsplan-Diskussion entdeckt.

Was macht man jetzt mit dem Geld? Da fällt uns ein schönes Lied ein, in dem es heißt: „Was wollen wir trinken, sieben Tage lang?“

Spaß beiseite, vielleicht fangen wir damit an, die Kinder-Krippe zu finanzieren. rh

Kurzarbeit bei Opel und MAN

Bei Opel in Rüsselsheim denkt man an Kurzarbeit, und auch Entlassungen sind nicht auszuschließen. Und bei der MAN in Gustavsburg, mit 3.500 Beschäftigten der zweitgrößte Metallbetrieb im Kreis, liegen dem Betriebsrat die ersten 25 Entlassungen vor. In einigen Bereichen dieses Werkes wird bereits kurzgearbeitet. So wie die zwei „Großen“ machen es die „Kleinen“. Wie zum Beispiel MABEG in Mörfelden, die ebenfalls kurzarbeiten.

Hier ist große Vorsicht geboten, denn die Kurzarbeiter von heute sind die Arbeitslosen von morgen.

Es zeigt sich an solchen Fällen deutlich, daß dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht in der Lage ist, die soziale Sicherheit und das Recht auf Arbeit für die arbeitenden Menschen zu garantieren.

Wo es um den Profit geht, geht das Großkapital über Leichen.

KHH



Nicht nur im Stadtparlament aktiv gegen Sozialabbau und Gebührenerhöhungen — die Mandatsträger der DKP-Mörfelden-Walldorf bei der DGB-Demonstration in Frankfurt am Main.

Falsche Richtung: Startbahn West

... unter diesem Titel ist ein weiteres Buch gegen die Startbahn-West erschienen, das von Heinz Mees und Wilhelm Reinheimer im Verlag Edition Venceremos herausgegeben wurde und für 17,50 DM in Buchhandlungen zu haben ist. Auf 300 Seiten wird von verschiedenen Autoren, darunter Peter Härtling, Herbert Friedmann, Dietrich Kittner, Peter Schütt, Ekkes Frank, Lerryn, Karl Freitag, Kurt Sigel, Bodo Kolbe, Siggli Liersch, Christoph Oeser und Hedi Robitzsch-Klee und vielen anderen der Protest gegen das große Umweltverbrechen lyrisch und prosaisch artikuliert. Viel Liebe und Gefühl zu Natur und Mensch spricht aus den einzelnen Beiträgen. Witz und Einfallsreichtum gepaart mit klaren Aussagen zum Thema geben ein Beispiel, daß Kunst ein Mittel der Auseinandersetzung der Betroffenen, der Leidtragenden gegen die Obrigkeit und ihre Büttel ist. Ein gelungenes Buch zum Andenken und Nachdenken: „Was nützt uns das Fliegen, wenn wir darüber den Boden unter den Füßen verlieren?“ r.d.

Ein Jahr nach der Hüttendorf-Räumung

Ein Jahr nach der Hüttendorfräumung kam es am Baugelände der Startbahn-West zu einer machtvollen Protestaktion. Nach einem Gottesdienst zogen über 6.000 Bürger mit einem Fackelzug in den nächtlichen Wald. Dabei waren Bürger aus Mörfelden-Walldorf, Kommunalpolitiker, Pfarrer, viele Jugendliche. Sofort nach Eintreffen des Fackelzuges beschoß die Polizei das gesamte Gelände, auf dem dichter Nebel lag, mit Gasgranaten.

Auf einer kurzen Kundgebung erinnerte der Sprecher der Bürgerinitiative an den Tag der Hüttendorfräumung, an die brutalen Polizeieinsätze der vergangenen Monate. — An der Startbahn-Mauer kam es dann zu den ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei, acht Wasserwerfer versprühten ein Gas-Wasser-Gemisch, viele Wege nach Walldorf und Mörfelden waren für die Rückwanderer unpassierbar, weil dichte Gasschwaden dies verhinderten.

DKP-Stadtverordnete unter den Mißhandelten

Um 22 Uhr kam es zu schlimmen Ausfällen der Polizei. So stürmte eine Einheit mit dem Ruf: „Attacke“ auf heimziehende Demonstranten und schlug sie zusammen. Es gab zahlreiche Knochenfrakturen und Platzwun-



Zwei Jugendliche aus Riedstadt, auf dem Heimweg von der Polizei zusammengeschlagen. Das Mädchen hatte Knüppelhiebe ins Gesicht erhalten, außerdem bestand der Verdacht auf einen Oberschenkelbruch. Der Junge hatte u.a. eine offene Fraktur des Fingerknochens.

den. Unter den z.T. schwerverletzten Frauen und Mädchen ist auch die DKP-Stadtverordnete Waltraud Träger aus Mörfelden.

In den überregionalen Teilen der Tageszeitungen konnte man diese Tatsachen nicht lesen. Dort wird an jedem Montag lediglich der Polizeibericht abgedruckt, und hier wird von „gewalttätigen Gruppen“ berichtet, die „Steine werfen“ und gegen die Startbahn-Mauer anrennen. Frankfurts Polizeipräsident Gemmer bezeichnete die Protestierenden am 3. November sogar als „Gewaltverbrecher“. Dabei bestreitet niemand, daß es kleine Gruppen gibt, die ihren Kleinkrieg mit der Polizei führen. Die Bürgerinitiativen haben sich erneut von ihnen distanziert. Aber es gibt auch eine andere Tatsache.

Tatsache ist, und das ist politisch wichtig, jeden Sonntag ziehen tausende Bürger aus der Flughafen-Region an die Startbahn-West, um weiter gegen dieses große Umweltverbrechen zu protestieren. Wenn die CDU und die SPD im Kreistag Groß-Gerau jetzt die Bürger auffordern, das Startbahn-Gelände zu meiden, dann machen sie im Grunde ihren Frieden mit der Startbahn und fallen den weiterkämpfenden Bürgern in den Rücken. Der über Jahre andauernde Widerstand der Bevölkerung, die Tiefe des Protestes sollte in Groß-Gerau, vor allem aber in Wiesbaden registriert werden.

Zorn und Protest sind berechtigt

Wir alle sollten wissen, der Zorn der Bürger aus Mörfelden, Walldorf, Rüsselsheim, Raunheim, Groß-Gerau und Büttelborn ist mehr als verständlich. Der andauernde Protest der Startbahn-Gegner ist berechtigt. Denn nach wie vor gehen die Flugbewegungen zurück (im September gab es die niedrigste Zahl von Starts und Landungen seit 1977). Dafür zeigt sich immer mehr, daß offensichtlich militärische Forderungen Hauptgrund für den Startbahn-Bau sind.

US-Air Base — Umschlagplatz für Atomwaffen

Nach Fertigstellung der Piste erhielt vor allem die 364 Hektar große US-Air Base auf dem Flughafen eine neue Bedeutung. Schon jetzt geht über diesen Stützpunkt der Transport von Atomsprenköpfen und anderer gefährlicher Waffen. Der Kampf gegen

die Startbahn-West ist also nicht nur gegen die ungeheure Naturzerstörung gerichtet — er ist auch ein Stück Friedenskampf.

Der Kampf gegen die Startbahn-Folgen wird stärker

Wenn der Wald auch gerodet ist, die Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West ist noch lange nicht am Ende. So wehrt man sich jetzt entschieden



Unter den furchtbar Mißhandelten des 2. November befindet sich auch die DKP-Stadtverordnete Waltraud Träger. Sie befand sich in einer Gruppe Mörfelder, die sich auf dem Rückweg befand. Mit dem Ruf „Attacke“ stürmte eine Gruppe Polizisten auf sie zu und schlug wie wild auf die Gruppe, in der sich vorwiegend Frauen und Mädchen befanden. Die meisten wurden dabei schwer verletzt, es gab Knochenbrüche und schlimme Kopfwunden.

gegen die Folgelasten der Startbahn, die Verlegung der RWE-Trasse.

Die Proteste gegen die Kriminalisierung von Startbahngegnern werden ebenfalls stärker. Weit über 1000 Startbahn-Verfahren gibt es – von „Beleidigung der Polizei“ bis Widerstand gegen die Staatsgewalt reicht die Skala der Anschuldigungen. Und es werden ohne Verfahren gewaltige Geldbußen verhängt. So soll ein fünfzehnjähriger Schüler 33.780,78 DM bezahlen, obwohl er in seinem Strafverfahren freigesprochen wurde.

Eine große Bedeutung hat auch der Kampf gegen den Fluglärm, der jetzt schon die Bürger nachts nicht zur Ruhe kommen läßt.

Nichts wird vergessen!

Die Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West hat hunderttausende Bürger auf die Straßen gebracht. Über 300.000 forderten ein Volksbegehren. Im Protest vereinigten sich die Langhaarigen und die Grauhaarigen. Man will diese Bewegung mit Diffamierung, Kriminalisierung und brutaler Polizeigewalt zerschlagen. Dies wird nicht so einfach gelingen. Die Erfahrungen des großen Kampfes werden nicht vergessen, sie werden weitergetragen und dort aufgenommen, wo sich Betroffene gegen Unrecht zur Wehr setzen.

Rudi Hechler



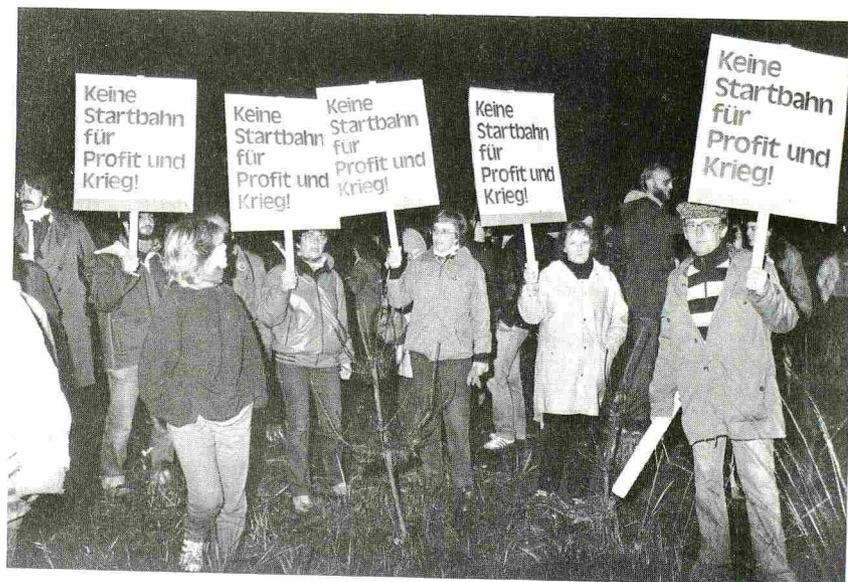
Immer dabei – die Küchenbrigade aus Walldorf. An der Mauer legen sie ein Blumengebinde nieder.



Gottesdienst im Wald. Seit langer Zeit sind die Kirchen aktiver Teil der Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West.



So sieht der „Hessenaufkleber“ aus, der laut Staatsanwaltschaft in Frankfurt weder als eine böswillige Verächtlichmachung des Landes Hessen noch eine Verunglimpfung seines Wappens betrachtet werden kann.



Mitglieder der DKP protestierten mit Schildern gegen die geplante militärische Nutzung der Startbahn-West.

BRIEFE

Der Kampf gegen die Startbahn West ist noch nicht zu Ende!

„So bringt man das bravste Pferd zum Schlagen!“

2. November 1982: Weit weg von der Mauer tauchen gegen 22 Uhr etwa 15 bewaffnete Polizisten aus dem dichten Nebel auf. Zum Wegrennen ist es zu spät. Drei Frauen und zwei Männer heben die Hände. Sie ergeben sich. Sie haben nichts getan. Ein Polizist schreit: „Attackeee!“ Die fünfzehn werfen die fünf zu Boden und schlagen besinnungslos auf sie ein. Eine 43jährige Mutter von vier Kindern hat Blutergüsse am ganzen Körper. Eine 25jährige Mutter von 2 Kindern blutet aus Platzwunden am Kopf. Ein Finger ist von Knüppelschlägen gebrochen. Sie muß ins Krankenhaus. Ein etwa 25jähriger Mann liegt am Boden, sie haben ihm das Gesicht zerschlagen. Auf einer Pressekonzferenz der Bürgerinitiative zieht ein dreiundfünfzigjähriger Hasslocher Vogelschützer, den sie am gleichen Abend bewußtlos geschlagen haben, eine dreiviertelstunde im Gefängniswagen in seinem Blut liegen ließen, ohne daß er ärztlich versorgt wurde, das Fazit aus seinen Erfahrungen: „So bringt man den liebsten Hund zum Beißen und das bravste Pferd zum Schlagen!“

Die „Abendpost/Nachtausgabe“ berichtet am gleichen Tag von den Worten des Polizeipräsidenten: „Da hört der Spaß auf... es sei eine Dreistigkeit ohnesgleichen, der Bevölkerung einreden zu wollen, daß friedliche Bürger von der Polizei niedergeknüppelt worden seien.“

Sie setzen uns eine dreck- und lärmspeiende Wüste vor die Haustür und wundern sich, warum der Protest nicht aufhört. Mit soviel Widerstand, mit soviel Ausdauer, Zähigkeit, Standhaftigkeit und List der Bevölkerung haben sie nicht gerechnet. Seit Monaten jeden Sonntag so viele Menschen am Ort der Staatsschande, das gab es noch nicht in der BRD.

Jetzt versuchen sie, mit weit über tausend Anklagen gegen Startbahngegner den Protest kleinzukriegen. Am 30. November findet um 9.15 Uhr im Amtsgericht Rüsselsheim eines der vielen Verfahren statt. Erich Schaffner aus Mörfelden soll wegen Sachbeschädigung bestraft werden, die er, wie die Polizei behauptet, am 9. Mai begangen haben soll. Doch damit nicht genug: Die Polizei fordert von ihm 5.600 DM für alle Schäden, die an diesem Tag angeblich bei der Polizei entstanden seien. Dies ist ein erneuter Versuch, Menschen, die immer für den gewaltfreien Widerstand eingetreten sind, in die kriminelle Ecke zu drängen. Wer Zeit hat, sollte zu diesem Prozeß nach Rüsselsheim kommen.

Die mit Spannung erwartete Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung über die Verlegung der RWE-Trasse wurde auf eine neue Sitzung im Dezember verschoben.

In der Debatte erklärte die DKP-Fraktion ihre prinzipielle Ablehnung gegen jede Trassenverlegung. In ihrer Erklärung hieß es unter anderem:

Manche meinen, die Startbahn ist Realität, also kann man seinen Frieden mit der FAG und der Landesregierung machen.

Wir sagen: Solange die RWE-Leitung nicht verlegt ist, startet von der Startbahn-West kein Flugzeug. Wir haben jahrelang gegen die Startbahn gekämpft. Die Verlegung der RWE-Leitung ist eine Folge der Startbahn-West – also werden wir auch gegen jede Folgelast der Startbahn antreten. In unserer Stadtverordnetenversammlung haben wir schon oft über Begleiterscheinungen dieser großen Umweltzerstörung diskutiert. Die Mehrheit ermöglichte damals zähneknirschend die Maßnahmen für den Bau des Radarturmes und der Verlegung der Okrifteler Straße. Unsere Fraktion war damals dagegen und bei manchen Kollegen anderer Fraktionen blieb nach den Abstimmungen ein schaler Geschmack zurück.

Als wir später die eiskalte Rigorosität der FAG und der Landesregierung spürten, als wir mit Gas und Knüppeln aus dem Wald gejagt wurden, dachte mancher Kommunalvertreter: „Hätten wir uns nur damals quer gelegt!“

Heute sollen wir erneut „JA“ sagen, obwohl wir ja alle „NEIN“ denken. Der Druck der sogenannten Sachzwänge wird wohl zu einer Mehrheit für die „kleine Lösung“ führen. Besser wäre es, dieses Parlament würde geschlossen „NEIN“ sagen: NEIN – auch aus Solidarität zu den Bürgern, die weiter aktiv gegen die Startbahn-West kämpfen. Natürlich, auch wir sind Realisten, wir kennen die betonierte Fakten im Mönchbruchwald. Aber wir wissen auch um die Tiefe des Protestes, der sich Sonntag für Sonntag artikuliert. Die FAG und die Landesregierung wis-

sen sehr genau, daß die große RWE-Trasse erneut zu Protestaktionen führen würde. Diese Baustelle ist dann aber nicht einzumauern. Wir sind sicher, sie werden sich hüten, die große Trasse durch den Wald zu schlagen. Man ist also vor allem deshalb außerordentlich an der sogenannten „kleinen Lösung“ interessiert. Wir sollten uns deshalb nicht unter Druck setzen lassen. Es hängt an uns, ob wir denen, die gegen den Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung den Wald rodeten, nun auch noch die letzten Steine aus dem Weg räumen.

Keine Startbahn für Profit und Krieg!



Für die Zusammenarbeit aller linken und demokratischen Kräfte

CDU und Grüne beschlossen in der Stadtverordnetenversammlung, Stadtrat L. Peez (CDU) für die Fluglärm-Kommission vorzuschlagen. Die SPD schlug für diese Funktion Bürgermeister Brehl vor – die DKP-Fraktion stimmte für den SPD-Kandidaten.

DKP-Fraktionsvorsitzender Rudi Hechler gab dazu u.a. folgende Erklärung ab:

Wir entscheiden heute nicht nur über Personen, sondern über Parteivertreter. Leo Peez, wie Bernhard Brehl sind für uns als Personen wählbar – ein CDU-Vertreter nicht.

Die CDU ist seit ihrem Bestehen Sachwalter des Kapitals. Wenn Arbeiter und Angestellte für höhere Löhne kämpfen, ergreift die CDU stets die Partei der Unternehmer. Vor allem den Mandatsträgern der „Grünen Bürgerliste“ sollte klar sein: Die CDU tritt stets für ein Gesellschaftssystem ein, das die Vorrechte der Reichen sichert. Bestes Beispiel dafür: Die CDU betreibt in Bonn eine Politik der Ausplünderung der Bevölkerung. Das Konzept der Bonner Rechtskoalition läuft darauf hinaus, die Reichen noch reicher zu machen und die Rüstung noch mehr zu steigern. Eine solche Politik geht auf Kosten kommunaler Leistungen für die Bürger – auch die Kommunalvertreter der Grünen sollten dies beachten.

Unsere Entscheidung für den SPD-Vorschlag ist eine Entscheidung gegen eine CDU-Politik des Rotstiftes und der Raketenrüstung. Wer verhindern will, daß die Ausplünderung der Bevölkerung fortschreitet, wer verhindern will, daß in unserem Land im nächsten Jahr neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden, der muß sich der Rechtskoalition in Bonn entgegenstellen.

Auch in diesem Stadtparlament gibt es eine Mehrheit links von der CDU – dies festzustellen scheint mir angesichts noch anstehender Personalentscheidungen wichtig.

Die linken und demokratischen Kräfte in dieser Stadt haben eine große Verantwortung, sie werden mehr als seither darüber nachdenken müssen, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit möglich ist.

Verschleppungstaktik?

Im Grundgesetz Artikel 65 steht: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik... Nicht so ist es beim Bürgermeister. Er hat bestimmte Kompetenzen, und diese sollen auch nicht beschnitten werden. Doch so sehr er sich auch als „politischer Bürgermeister“ versteht, er ist „nur“ oberster Verwaltungsbeamter unserer Stadt und Vollstreckungsorgan. Bei vielen Initiativen und Beschlüssen der Stadtverordnetenmehrheit hat man allerdings den Eindruck, daß der Fortgang gebremst, die Verwirklichung der Beschlüsse zumindest aufgeschoben wird. Und man vermutet sicher nicht zu Unrecht „eingreifende“ Bürgermeister-Hände.

Beispiel 1: Einrichtung eines Gemeinschaftsraumes im Altenwohnheim Mörfelden. Am 9.9.76 stellte die DKP erstmals diesen Antrag. Ein langer parlamentarischer Weg begann, bis der Antrag 1980 die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung fand. Doch bis heute hat sich nichts getan. Und es wird sich auch so schnell nichts tun, weil im Magistrat angeblich neue Überlegungen angestellt werden. Im Oktober 1982 behandelte der Bauausschuß das Thema erneut, da die Kellerräume (bisher Massagepraxis) leerstehen. Interessant ist, daß der Ausschußvorsitzende, Haselbach, nichts mehr vom zwei Jahre vorher gefaßten Beschluß wußte.

Beispiel 2: Räume zur Selbstbewirtschaftung im Bürgerhaus. Im Januar 1978 stellten wir den ersten diesbezüglichen Antrag. Wir wiederholten ihn im Mai 1980 und im September 1981. Nach etlichen Diskussionsrunden fand er im Februar 1982 eine Mehrheit. Seitdem hat sich nichts getan, im Nachtragshaushalt ist er nicht enthalten und in den Erläuterungen zum Haushalt 1983 ebenfalls nicht, obwohl eine Generalrenovierung des Hauses ansteht. Beispiel 3: Prüfungsantrag zur evtl. Einrichtung von Hundetoiletten. Ein entsprechender Antrag wurde am 14.9.78 gestellt. Drei Jahre später, am 29.7.81, bekamen wir Antwort, nachdem wir nochmals nachgefragt hatten.

Beispiel 4: Prüfungsantrag Seniorenpaß Der Antrag wurde am 1.2.1980 gestellt, von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit gebilligt, harrt er bis heute auf Beantwortung.

Beispiel 5: Goldener Apfel. Im Januar 1978 kaufte die Stadt das Anwesen, im Juni des gleichen Jahres erfolgte die Bestandsaufnahme der Bausubstanz, im September 1979 gab die Stadtverordnetenmehrheit den Auftrag zur Ausarbeitung von Plänen. Diese datieren vom März und Mai 1980. Das Parlament bekam sie aber erst nach neuer Initiative im Mai 1982. Aber auch jetzt geht es nicht zügig voran, obwohl Arbeiten zur Substanzerhaltung unbedingt notwendig sind.

Rudolf Dötsch

Verkehrsbelästigung

Bei all den berechtigten Protesten unserer Bevölkerung gegen das größte Umweltverbrechen unseres Jahrhunderts, den Bau der Startbahn-West und den damit verbundenen verstärkten Lärmbelästigungen nach deren Fertigstellung und nach der noch größer werdenden Luftverschmutzung durch die startenden Flugzeuge, darf man die sich bereits seit Jahren hinziehende Beeinträchtigung unserer Bürger an so manchen Ortsstraßen durch den innerstädtischen, aber auch den überörtlichen Kraftfahrzeugverkehr nicht vergessen.

Was in erster Linie den Bürgern der Westendstraße, aber auch den Anwohnern der Langener Straße, Groß-Gerauer Straße und Gärtnerweg und nicht zuletzt in der Ringstraße täglich an Lärm und Abgasen zugemutet wird, ist kaum zu beschreiben.

Mit Fertigstellung der Westtangente entlang des Waldrandes nach Walldorf wird sich im Frühjahr nächsten Jahres eine leichte Verbesserung ergeben. Spürbare Erleichterungen werden jedoch erst nach dem Bau der geplanten Querspange mit Fortsetzung der Industriestraße als Anbindung an die B

486 (Industriegebiet) möglich sein. Trotzdem sollten sich alle Verantwortlichen, der Magistrat und die vier Fraktionen im Stadtparlament, immer wieder mit der Frage befassen. Es müssen neue Überlegungen angestellt werden, um die Belästigungen zu verringern, aber auch um die große Gefährdung der Fußgänger und Radfahrer zu beseitigen. Fußgänger und Radfahrer sind in der Westendstraße, aber auch in der Ringstraße und in deren Fortsetzung Bahndamm-Viadukt, sowie in der Rubensstraße besonders gefährdet. Erst vor wenigen Jahren gebaut, mutet das Viadukt heute bereits wie ein Schildbürgerstreich an. Es fehlt der zweite Bürgersteig und Platz für die Radfahrer. Letzteres Problem wurde anlässlich der letzten Ortsbesichtigung des Magistrats von Heinz Hechler drastisch geschildert und eine Verbesserung gefordert. Den Bereich Ringstraße/Westendstraße, mit Verbesserungen für die Anwohner aber auch für Radfahrer und Fußgänger, wird sich die DKP-Fraktion demnächst noch einmal vornehmen und bittet die betroffene Bevölkerung um Vorschläge für die Beratung.

H.H.

**Sonderangebot
6 Tage Flugreise nach
Moskau**

vom 3.1. – 8.1.1983 ab Frank-
furt am Main

Hotel der I. Kategorie/DZ/VP/
Bad-Du-WC/Visabeschaffung/Be-
sichtigungsprogramm/Reiselei-
tung/Reiserücktrittsversicherung

Preis nur: 799,- DM
EZ-Zuschl.: 150,- DM
Eine Reisegepäckversicherung
wird empfohlen.

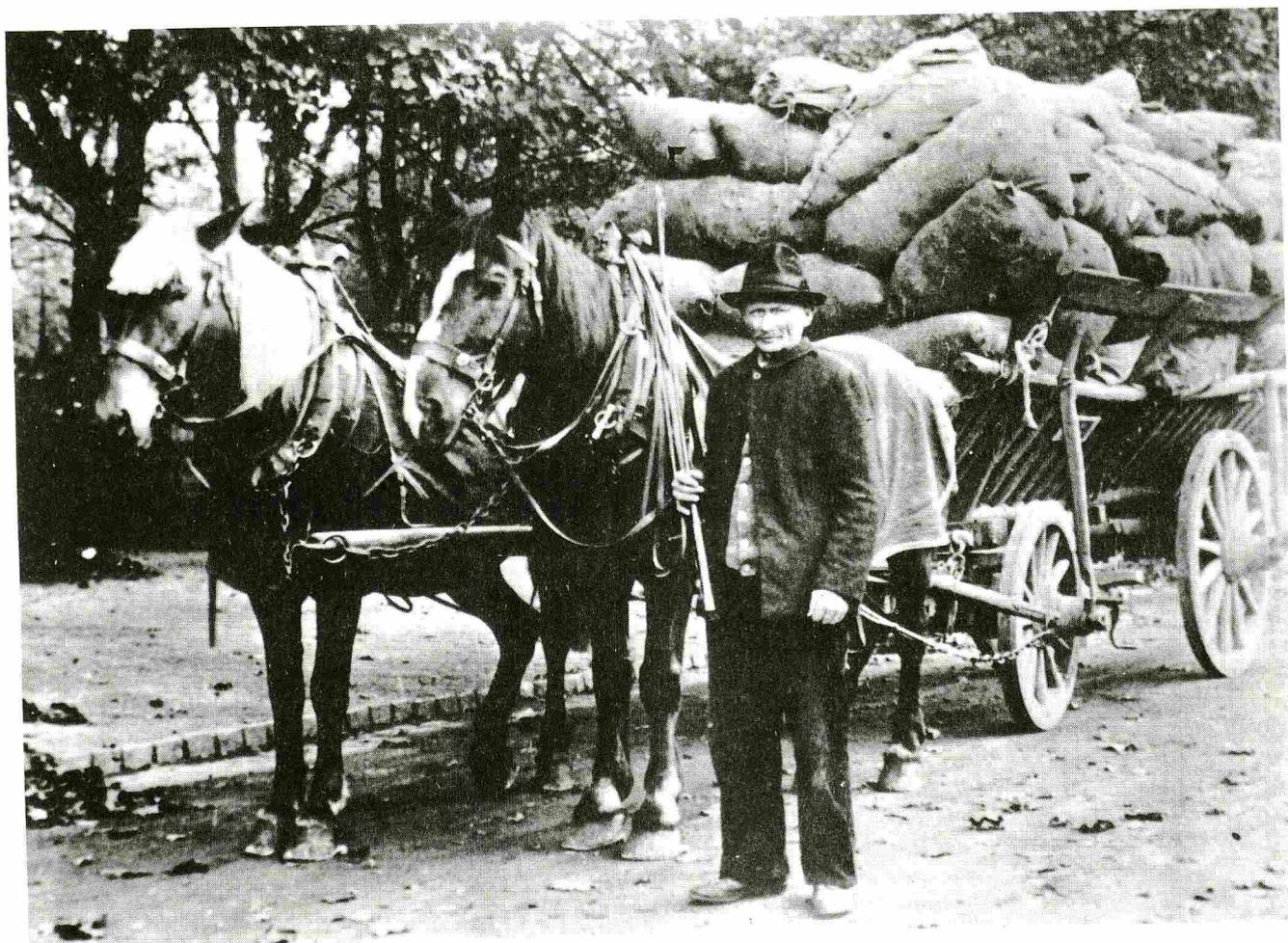
Anmeldungen:
Tony Träger, Hochstr. 6, Mörfel-
den, Tel.: 23255

Annahmeschluß: 6.12.1982
Reiseveranstalter: Blatter, Saar-
brücken

Weitere
Gebührenerhöhungen
in Mörfelden-Walldorf?
Nein Danke!

Eine Diskussion mit Rudi
Maurer, stellv. Vorsitzender
der DKP-Hessen und den
Stadtverordneten der DKP-
Mörfelden-Walldorf

Donnerstag, 2. Dezember,
20 Uhr, Bürgerhaus,
Mörfelder Zimmer



Mörfelden gestern

Ein Bild, das vor einigen Jahrzehnten an einem Herbsttage aufgenommen wurde. Es zeigt einen bekannten Mörfelder – „Acker-Jakob“ aus der Dreihäusergasse – mit seinem stolzen Zweispänner.

Gerätselt wurde bereits beim Betrachten dieses Bildes, was er wohl geladen habe. Die einen meinten, es wäre eine Fuhrre Kartoffeln. Dagegen meinten andere, für Kartoffeln wären es zu viele Säcke, es könnte auch Laub gewesen sein, das früher noch im Wald geholt wurde zum Streuen in den Ställen.

Pferde- und Kuhfuhrwerke, noch vor 30 Jahren auf unseren Ortsstraßen gang und gäbe, sind heute fast restlos verschwunden und in der Landwirtschaft vom Traktor abgelöst.

In sehr frühen Jahren spielte das Pferdefuhrwerk gerade in unserer Gemeinde Mörfelden eine sehr große Rolle, denn Mörfelden lag an einer der beiden wichtigsten Handelsstraßen des Rhein-Main-Gebietes, die von Oppenheim über Groß-Gerau, Mörfelden nach Frankfurt führte. Mörfelder stellten sich und ihre Pferde schon vor Jahrhunderten für Spanndienste zur Verfügung, denn sie waren, wegen des geringen landwirtschaftlichen Ertrages auf unserem Sandboden, schon auf einen Nebenerwerb angewiesen.